

Frankfurt, den 14.12.2016

## Presseerklärung (2. Meldung vom Tage)

### Rassistischer Angriff auf „Project Shelter“

**Der Hessische Flüchtlingsrat ruft zu Solidarität  
und einer klaren Positionierung gegen Rechts auf**

Am 9.12.2016 wurde das Bistro der Gruppe „Project Shelter“ angegriffen und verwüstet. Es wurden Scheiben eingeschlagen, die Wände mit schwarzer Teerflüssigkeit beschmiert und ein Bekennerschreiben hinterlassen, das Drohungen gegen die Aktivist\_innen von „Project Shelter“ enthält.

Seit Ende 2014 setzt sich „Project Shelter“, eine Gruppe von geflüchteten und nicht-geflüchteten Aktivist\_innen, für obdachlose Migrant\_innen in Frankfurt ein. Ziel ihres Engagements ist unter anderem ein „selbstverwaltetes Zentrum, in dem Unterbringungs-, Informations- und Kulturangebote für Migrant\_innen gebündelt werden sollen.“

Mit diesem Ziel besetzte die Gruppe bereits diverse Häuser. Diese wurden jedoch stets nach kurzer Zeit polizeilich geräumt; mit einer Ausnahme: Nach einer Einigung mit dem Besitzer wird das Erdgeschoss eines Hauses in Bornheim seit Juli dieses Jahres als Begegnungscafé und Beratungszentrum für obdachlose Migrant\_innen und Geflüchtete genutzt.

Der Angriff auf das viel besuchte Bistro „ist ein Angriff auf all diejenigen Menschen, die sich für eine offene Stadt, ein solidarisches Zusammenleben und gleiche Rechte einsetzen“, so Adora Udogwu vom Hessischen Flüchtlingsrat.

Die Gruppe „Project Shelter“ teilte über ihre Facebook-Seite mit: „Wir haben keine Angst, wir sind hier um zu bleiben, wir sind stark und wir sind viele.“

Der Hessische Flüchtlingsrat unterstützt „Project Shelters“ Aufruf, sich von rechten Gewalttaten nicht einschüchtern zu lassen und fordert ein lautstarkes Bekenntnis Aller gegen rechte Hetze und Gewalt. „Es geht hier nicht nur um Migrant\_innen und Geflüchtete,“ so Adora Udogwu, „sondern auch um die Frage, in welcher Gesellschaft möchten wir leben.“

Erst am 02.12.2016 wurde unter der Brücke der Rosa-Luxemburg-Straße eine Schlafstätte von Obdachlosen aus Rumänien angezündet.

Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen fordert Irina Dannert vom Hessischen Flüchtlingsrat, „dass die Stadt Frankfurt ihrem eigenen Anspruch – nämlich eine ‚bunte Metropole, in der 180 Nationen friedlich zusammenleben‘ zu sein - gerecht wird und sich klar gegen rechte Gewalt positioniert. Hierzu ist eine schnelle Aufklärung der Vorkommnisse der erste Schritt.“